

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

SITTEN

Kanton Wallis beschliesst Sofortmassnahmen für Blatten

Der Kanton Wallis eilt den Bewohnerinnen und Bewohnern von Blatten zu Hilfe, wie die Regierung am Mittwoch vor den Medien in Sitten erklärte. Zu den Sofortmassnahmen gehört die Freigabe von zehn Millionen Franken. Zudem soll sich eine Strategiegruppe mit dem Wiederaufbau des von einem Bergsturz verschütteten Ortes befassen, und der Wiederaufbau der Infrastruktur im Lötschental soll ohne bürokratische Hürden schnell angepackt werden. (sda)

WASHINGTON

Verdoppelte US-Zölle auf Stahl und Aluminium gelten

Die von US-Präsident Donald Trump angekündigte Verdopplung der Einfuhrzölle auf Stahl und Aluminium ist in Kraft getreten. Seit Mittwoch gilt für Importe in die USA ein Satz von 50 Prozent – zuvor waren es 25 Prozent gewesen. Trump will damit nach eigenen Angaben Handelsungleichgewichte korrigieren und die heimische Industrie stärken. (sda)

BRÜSSEL / SOFIA

Grünes Licht für Euro-Einführung in Bulgarien

Der Club der Euroländer bekommt voraussichtlich im nächsten Jahr ein neues Mitglied: Bulgarien bemüht sich schon länger um die Aufnahme. Aus Sicht der Europäischen Kommission kann Bulgarien die Gemeinschaftswährung Euro einführen. Das EU-Mitgliedsland erfülle die dafür notwendigen Kriterien, teilte die Brüsseler Behörde mit. Bulgarien will seine Landeswährung Lew (zu Deutsch: Löwe) zum 1. Januar 2026 durch den Euro ersetzen. (sda)

BRÜSSEL

Zu viele Schulden: EU-Kommission will Verfahren gegen Wien starten

Die Europäische Kommission will gegen Österreich ein Strafverfahren wegen zu hoher Neuverschuldung einleiten. Das Land weise ein übermässiges Defizit auf, teilte die für die Einhaltung von EU-Schuldenregeln zuständige Brüsseler Behörde mit. Voriges Jahr betrug das staatliche Defizit der Alpenrepublik 4,7 Prozent der Wirtschaftsleistung – es liegt damit deutlich über der EU-Obergrenze von 3 Prozent. (sda)

DEN HAAG

König der Niederlande nimmt Rücktritt der Regierung an



Nach dem Bruch der Regierung in den Niederlanden hat König Willem-Alexander das von Ministerpräsident Dick Schoof eingereichte Rücktrittsgesuch angenommen. Der König habe ihn gebeten, mit der Regierung geschäftsführend im Amt zu bleiben und die für das Land dringenden Angelegenheiten weiter zu bearbeiten, sagte Schoof (im Bild) vor dem Parlament in Den Haag. (sda)

«Bei der SRG noch weiter zu kürzen, wäre verantwortungslos»

Mit der Initiative «200 Franken sind genug!» soll das SRG-Budget massiv gekürzt werden. Der Bündner Mitte-Nationalrat Martin Candinas kämpft als Kommissionsprecher an vorderster Front dagegen an.

Simon Fischer

Martin Candinas, warum sind 200 Franken Radio- und Fernsehgebühren nicht genug?

Weil diese Rechnung schlicht nicht aufgeht. Wenn Privathaushalte nur noch 200 Franken bezahlen würden und alle Unternehmen ganz befreit wären, hiesse das nichts anderes als eine Halbierung der heutigen SRG. Unter diesen Umständen ein gleichwertiges Angebot wie heute zu schaffen, in allen vier Landessprachen, wäre nicht einmal mehr annähernd möglich. Das ist die Realität. Wenn wir weiterhin eine SRG wollen, die unsere föderalistischen Strukturen lebt, regional berichtet und die Vielfalt unseres Landes abbildet, dann müssen wir auch bereit dazu sein, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Trotz wachsender Digitalisierungskosten ist das Budget der SRG in den letzten Jahren nicht erhöht worden – ganz im Gegenteil. Wenn wir weiterhin qualitativ hochwertige Angebote in Nachrichten, Kultur, Bildung und Sport wollen, dann ist eine Halbierung der Finanzierung ausgeschlossen. Der Gegenvorschlag des Bundesrats sieht ohnehin bereits Kürzungen von 270 Millionen Franken vor – das sind 17 Prozent weniger Geld für die SRG als heute. Weiter kann man nicht gehen.

Sie sprechen es an, der Bundesrat will die Gebühren per Verordnung so oder so auf 300 Franken senken. Ist das nicht ein allzu vorausseilendes Zugeständnis an die Initianten?

Ich persönlich war dagegen und halte das auch heute noch für falsch. Wir leben in einer Zeit, in der sich die Medienlandschaft zunehmend konzentriert und Falschinformationen an der Tagesordnung sind. Da sollte man nicht bei der SRG sparen. Aber ich verstehe, dass Bundesrat Albert Rösti, der vor seiner Zeit in der Landesregierung selbst Teil des Initiativkomitees war, diesen Schritt gemacht hat. Sein Vorgehen ist politisch nachvollziehbar: Er musste etwas unternehmen, um in seiner aktuellen Funktion als Teil des Bundesrats glaubwürdig gegen die Initiative antreten zu können. An diesem Entscheid gibt es nichts mehr zu rütteln, die 270 Millionen Franken werden eingespart, und zwar unabhängig von der Initiative.

Auch wenn der Vorschlag ursprünglich von Rösti stammt, zugestimmt hat diesem letztlich eine Mehrheit des Bundesrats. Offenbar ist man sogar in der Landesregierung der Meinung, bei der SRG müsse die Sparschraube weiter angezogen werden.

Leider ist das so, und es lässt sich jetzt auch nicht mehr ändern. Das Vorgehen des Bundesrats hat aber auch einen grossen Vorteil: Wir haben damit bereits einen griffigen Gegenvorschlag, mit dem wir im Abstimmungskampf ins Feld ziehen können. Die Initiative hat politischen Druck erzeugt, woraufhin die SRG auch klar gesagt hat, dass



Ist gegen weitere Gebührenerkürzungen: Für Nationalrat Martin Candinas braucht die Schweiz «eine starke SRG, die zu 100 Prozent dem Volk gehört». Bild: Olivia Aebli-Item

sie handeln wird und muss. Und nun haben wir einen gutschweizerischen Kompromiss auf dem Tisch.

Hingegen wurden zwei weitere Gegenvorschläge aus der Nationalratskommission im Ständerat versenkt. War das richtig?

Ja, absolut. In unserer Kommission wurde mit beiden Gegenvorschlägen versucht, noch weiter zu gehen. Wir können von Glück reden, dass der Ständerat beides abgelehnt hat. Der Gegenvorschlag des Bundesrats ist schon hart genug. Bei der SRG noch weiter zu kürzen, wäre verantwortungslos.

Verantwortungslos oder nicht, das Stimmvolk wird an der Urne einzig Ja oder Nein zur Initiative sagen können, ohne Gegenvorschlag als Alternative. Ist das nicht ein Spiel mit dem Feuer?

Nicht, wenn wir gute Arbeit leisten. Wir haben nun die Gelegenheit, dem Stimmvolk in der Ab-

stimmungskampagne klarzumachen, dass die Gebühren auch bei einem Nein zur Initiative sinken werden. Die 17 Prozent Einsparung bei der SRG – das wird ein zentrales Argument sein, auch seitens des Bundesrats: Bereits lange vor der Abstimmung hat die Initiative ihre Wirkung entfaltet, die beschlossenen Sparmassnahmen sind nicht aus dem Nichts entstanden, sondern als direkte Reaktion auf einen drohenden Kahlschlag bei der SRG. Im Übrigen ist es legitim, dass der Gegenvorschlag diesmal vom Bundesrat kam und nicht vom Parlament. Und bei einem solchen indirekten Gegenvorschlag braucht es nun einmal keine Volksabstimmung. Für mich ist das kein Problem.

Überzeugungsarbeit werden Sie trotzdem leisten müssen. Die Initianten sagen, es gehe ihnen um eine Entlastung der Konsumenten, echte Diversität von Meinungen und mehr Freiheit für private Anbieter. Für viele Stimmberechtigte dürfte dagegen wenig einzuwenden sein. Wie kontern Sie?

Ganz einfach: Immer mehr Menschen zahlen heute monatliche Gebühren für Streamingdienste. Wenn man zusammenzählt, was da monatlich anfällt, sind 300 Franken im Jahr für den kompletten SRG-Service ein hervorragendes Angebot. Früher bezahlten wir 465 Franken, dann kamen die Senkungen auf 365 und schliesslich 335 Franken. Künftig sind wir noch bei 300. Das ist bereits eine klare Entlastung der Medienkonsumierenden in unserem Land. Aber wenn man bei der SRG immer weiter kürzt, landet am Ende alles bei privaten, kosten-

pflichtigen Angeboten: Sportübertragungen, Informationssendungen, Kulturbeiträge – alles würde dann extra kosten. Bei der SRG hingegen bekommt man einen Komplettservice für weniger als einen Franken am Tag – pro Haushalt. Das müssen wir der Bevölkerung sagen. Ausserdem: Die Schweiz ist viersprachig. Kein anderes Land in Europa muss ein vergleichbares Medienangebot in vier Sprachen finanzieren und produzieren. Da hinkt jeder Vergleich mit Deutschland, Österreich oder Italien. Wir dürfen uns die Viersprachigkeit nicht nur am 1. August auf die Fahne schreiben, vielmehr muss sie landauf, landab im Alltag spür- und greifbar sein – auch in den Medien.

Als Kommissionsprecher rennen Sie mit dieser Argumentation während der laufenden Session im Parlament bei der Mehrheit offene Türen ein. Der Abstimmungskampf dürfte enger werden. Werden Sie sich persönlich gegen die Initiative engagieren?

Auf jeden Fall, ich werde an vorderster Front mit dabei sein, wie schon bei früheren Medienvorlagen. Denn ich bin überzeugt: Die Schweiz braucht eine starke SRG, die zu 100 Prozent dem Volk gehört. Und ich setze mich ebenso für die privaten Verlage ein. Unsere direkte Demokratie lebt von einer vielfältigen Medienlandschaft und einem starken Service public. Information ist die Grundlage unserer politischen Kultur. Wir brauchen sachgerechte Berichterstattung, bei der alle Seiten zu Wort kommen. Nicht umsonst unterliegt die SRG einem Sachlichkeitsgebot und einer unabhängigen Beschwerdeinstanz. Das ist bei privaten Medien nicht immer der Fall.

Apropos Privatmedien: Die SRG hat kürzlich mit dem Deutschschweizer Verlegerverband eine Vereinbarung über die künftige Gestaltung ihres Angebots getroffen – auch mit dem Hintergedanken, private Medienhäuser davon abzuhalten, die Initiative zu unterstützen. In politisch linken wie rechten Kreisen wird daran teils heftige Kritik geübt, die bis zu Korruptionsvorwürfen reicht. Verstehen Sie die Kritik?

Nein, überhaupt nicht. Und schon gar nicht vonseiten der Initianten. Gerade diese haben in der Vergangenheit immer wieder gefordert, die SRG solle sich auf ihre Kernkompetenzen, nämlich Audio und Video, konzentrieren und nicht mit den Privaten konkurrieren. Mehr Zusammenarbeit zwischen SRG und Privaten wird mit dieser Vereinbarung erreicht – die jetzt wieder von den gleichen Kreisen kritisiert wird. Ich sehe darin keinen Skandal, sondern einen Beitrag zur Stärkung des Medienplatzes Schweiz. Ausserdem: Wenn es in der Politik sowohl von ganz rechts als auch von ganz links lautstarke Kritik hagelt, kann man in der Regel davon ausgehen, etwas Vernünftiges auf die Beine gestellt zu haben.

Halbierungsinitiative im Parlament

Am Montag hat der Nationalrat mit der Marathondebatte über die von SVP-Kreisen lancierte SRG-Initiative oder Halbierungsinitiative begonnen. Das Volksbegehren verlangt eine **Gebührenerkürzung von 335 auf 200 Franken** für Privathaushalte, Unternehmen sollen ganz befreit werden. Entscheide werden nächsten Mittwoch gefällt, wenn die Debatte fortgeführt wird. (sif)